

# Europa im Wandel Europa in der Krise Positives Europa



Europa ist im Wandel. Nicht nur wegen des Krieges in der Ukraine, sondern wegen vieler Umstände, die weltpolitisch auch auf Europa einwirken.

Europa ist (wie immer) auch in einer Krise. Durch Krisen ist die Europäische Union bisher gewachsen und aus Krisen stets gestärkt hervorgegangen.

Und es gibt ein positives Europa. Ein Europa der Europäer, derjenigen, die sich weiter für den Frieden, die Freiheit, die Wahrung der

Grundrechte, der Freiheitsrechte, der Menschen- und Bürgerrechte einsetzen. Durch Taten und durch Worte. In dieser Europastimme sind wieder einige dieser Europäer porträtiert oder schreiben aktiv für unser gemeinsames Friedenswerk.

Doch es steht auch einiges Kopf – so wie hier die Europaflagge, und es ist für überzeugte Europäer immer wieder eine besondere Herausforderung, die Dinge anzupacken und geradezurücken. (Red)

## Inhalt



	Seite
Europa im Wandel : Europa in der Krise : Positives Europa	1
Impressum	2
Korruption (Anton Schäfer)	3
Zur Einschätzung des chinesischen Zwölf-Punkte-Plans (Werner Wintersteiner)	4
Die Geehrten am Tag der Menschenrechte 2022	13
Mérite Européen Award 2022 in Wien (Christa Hofmeister)	
Der Industriepan im Rahmen des Green Deals (Marc Germeshausen)	18
Interreg – Das Erfolgsprogramm in Kärnten (Marc Germeshausen)	18
Pressefreiheit in Ungarn (Anton Schäfer)	20
HUMAN EUROPE am Tag der Menschenrechte (Christa Hofmeister)	21
Vereinsnachrichten	22
Europa-Wikipedia	23
Zu guter Letzt	24

## Beiträge zur Europastimme

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Dies ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

**Blattlinie:** Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

**Zitiervorschlag:** Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

**Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:**

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: [office@Edition.eu.com](mailto:office@Edition.eu.com). E-Mail-Redaktion: [office@Europastimme.eu](mailto:office@Europastimme.eu). E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: [office@EuropaUnion.org](mailto:office@EuropaUnion.org). Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Webadresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu>. Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Der Verlag bzw. die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge etc. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (print) und ISSN: 2791-402X (online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.



## Korruption

(Anton Schäfer)

Korruptionsvorwürfe sind auch in der Europäischen Union und im Europarat nichts Neues. Leider sind immer wieder – ohnehin äußerst gut bezahlte – Personen bereit, für noch etwas mehr Geld oder sonstige Vorteile, die ihnen übertragenen Befugnisse einseitig und zum Nachteil der Gemeinschaft einzusetzen. Zuletzt wurde im Zuge des sogenannten EU-Korruptionsskandals vom EU-Parlament die Immunität der Abgeordneten Marc Tarabella und Andrea Cozzolino aufgehoben und diese wurden dann inhaftiert. Im Dezember verlor die damalige Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili, wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ihren Posten<sup>1</sup> und auch Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB), Luca Visentini wurde seines Amtes enthoben.<sup>2</sup> Doch nicht nur die Europäische Union und einige einschlägig bekannte Mitgliedstaaten haben ein Korruptionsproblem, sondern auch in Österreich ist die Korruptionsbekämpfung alles andere als mustergültig.

Der Europarat (Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO)) fordert daher von der österreichischen Bundesregierung mehr Einsatz gegen Korruption. Die österreichische Regierung müsse endlich ihre Strategien gegenüber diesem Problem schärfen und ebenso die diesbezügliche Strafverfolgung: *„Einige Skandale in jüngster Zeit, die die höchsten Ränge der Exekutive betrafen“, hätten „das Vertrauen der Öffentlichkeit in die politischen Amtsträger erheblich erschüttert“*, heißt es im letzten Bericht von GRECO (Group of States against Corruption/Europarat). In den vergangenen sechs Jahren sind fünf Regierungen in Österreich unter Korruptionsvorwürfen zu Fall gekommen! GRECO hielt weiters fest, dass *„laufende Korruptionsermittlungen, in die der ehemalige österreichische Bundeskanzler<sup>3</sup>*

*verwickelt ist, Zweifel an der Pressefreiheit im Lande aufkommen lassen,<sup>4</sup> da sie fragwürdige Verbindungen zwischen Politikern, Meinungsforschungsunternehmen und den Medien aufgedeckt“* haben.<sup>5</sup>

Seit 2018 gibt es in Österreich zwar eine Nationale Antikorruptionsstrategie (NAKS), doch notwendige und wichtige Reformen wie das Transparenzgesetz, die Reform des Strafrechts und das Lobbying-Gesetz sind immer noch nicht umgesetzt.

Auch die EU-Kommission hat immer wieder auf Mängel hingewiesen (siehe Rechtsstaatlichkeitsberichte) und betont, wie wichtig es sei, den Schutz der Rechte von Verdächtigen und Beschuldigten zu gewährleisten sowie eine unabhängige Justiz. Konkret äußerte die EU-Kommission und auch der Europarat seit Jahren unter anderem Bedenken hinsichtlich der Bestellung der Präsidenten der Verwaltungsgerichte sowie des Rechts des Justizministers, Staatsanwälte in Einzelfällen zu unterweisen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wiederum muss mit begrenzten Ressourcen und unter umfassenden Berichtspflichten agieren, die die Arbeit behindern.<sup>6</sup>

Auch Transparency International (TI) zufolge kommen aus der österreichischen Verwaltung nach wie vor keine positiven Signale hinsichtlich einer Trendwende. Im aktuellsten Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, kurz CPI) weist Österreich 71 von 100 möglichen Punkten auf. Um drei Punkte weniger als im Vorjahr. Österreich ist damit nicht mehr unter den Top 20.<sup>7</sup> Aufgrund der Handlungen von „Verantwortlichen“ in Unionsmitgliedstaaten wie Österreich, Ungarn, Frankreich oder Polen,<sup>8</sup> verliert die EU weltweit immer weiter an Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung.

<sup>1</sup> <https://orf.at/stories/3303668/> und <https://orf.at/stories/3304750/>

<sup>2</sup> <https://orf.at/stories/3308582/>

<sup>3</sup> Gemeint ist Sebastian Kurz.

<sup>4</sup> Siehe auch S. 20 dieser Ausgabe.

<sup>5</sup> <https://orf.at/stories/3307194/>

<sup>6</sup> <https://orf.at/stories/3203491/>

<sup>7</sup> <https://orf.at/stories/3303243/>

<sup>8</sup> Europa im Überblick 32/21, Deutscher Anwaltverein e. V.

## Zur Einschätzung des chinesischen Zwölf-Punkte-Plans zum russisch-ukrainischen Krieg

(Werner Wintersteiner)

China hat seit Beginn des Ukraine-Krieges mehrfach verlautbart, es werde zum geeigneten Zeitpunkt eine Friedensinitiative ergreifen – offenbar getreu der chinesischen Philosophie, dass man nichts erzwingen könne, sondern stets den passenden Zeitpunkt abwarten müsse.<sup>1</sup> Nun hat China zum ersten Jahrestag des Kriegsbeginns seinen Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt. Warum gerade jetzt? Als Gegengewicht zur UNO-Resolution vom 23. Februar 2023, in der die russische Invasion verurteilt wurde?<sup>2</sup> Weil die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit an einem Jahrestag höher ist? Weil China damit rechnet, dass derzeit gewisse Chancen bestehen, den Plan umzusetzen? Weil es zumindest einen neuen Diskurs starten möchte? Weil es sich andere Vorteile davon erwartet? Man weiß es nicht, aber vermutlich steht ein Bündel aus mehreren Motiven im Hintergrund.<sup>3</sup>

Der Plan wurde, zumindest im ersten Moment und in den öffentlichen Reaktionen allgemein eher ablehnend aufgenommen. Die USA haben genau in dem Moment, als China seinen Zwölf-Punkte-Plan ankündigte, das Gerücht verbreitet, China stehe davor, Russland Waffen zu liefern. Ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen? Im Fall wäre dies wirklich ein sehr zufälliger Zufall! Inzwischen sind die lancierten Informationen längst wieder relativiert worden und zwar von US Präsident Biden persönlich.<sup>4</sup> Die Ukraine hat sich zu den chinesischen Vorschlägen sehr zurückhaltend geäußert – es werde sie prüfen. Russland hat betont, es freue sich über die Initiative der „chinesischen Freunde“, aber jetzt sei noch nicht die rechte Zeit, dem Plan näherzutreten.

Die westlichen Medien brachten und bringen dem Plan zwar ein wenig Aufmerksamkeit entgegen, aber die Reaktion waren auch hier fast durchwegs ablehnend, allerdings meist ohne eine genaue inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Text.

Der Hauptvorwurf gegenüber China, soweit ich es sehe, ist der, dass es sich überhaupt als Mediator aufspiele, wo es doch letztlich ein Verbündeter Russlands sei, und dass es westlichen Staaten eher anstünde, friedensvermittelnd aufzutreten. Am deutlichsten kommt dies in einem Kommentar der österreichischen Tageszeitung Der Standard zum Ausdruck: „*Dass es [China] durch eine zentrale Rolle im Ukraine-Krieg aber auch erstmals politisch – nicht nur wirtschaftlich – in Europa mitbestimmen könnte, ist besorgniserregend. Europa bleibt nichts anderes übrig, als sich weiter nachhaltig aufzurüsten, um seinen Interessen auch machtpolitischen Nachdruck zu verleihen.*“ (Manuela Honsig-Erlenburg, 24.2.2023)

Im Gegensatz dazu meine ich, soviel sei vorweggenommen, dass alle Friedenskräfte gut beraten wären, den chinesischen Vorschlag genau und kritisch, aber konstruktiv zu prüfen, und das aus mehreren Gründen: Weil hier endlich eine Art Plan vorliegt und alle bisherigen Initiativen gescheitert sind; weil jede Chance auf Frieden genutzt werden muss und weil speziell China wohl die einzige Macht ist, die Einfluss auf Russland ausüben könnte.

Im Folgenden eine kurze Analyse der einzelnen Punkte des chinesischen Plans, mit einer

<sup>1</sup> Vgl. François Jullien: Über die Wirksamkeit. Berlin: merve 1999.

<sup>2</sup> Der UNO Resolution A/ES-11/L.7 (2023) haben 141 Länder zugestimmt, 7 Staaten haben dagegen gestimmt, 32 weitere, darunter China, haben sich enthalten.

<sup>3</sup> Eine Vermutung zum Timing lautet, dass die Veröffentlichung des Vorschlags im Zusammenhang mit einem Bericht der Chinese Academy of Military Sciences (unter direkter Kontrolle der Chinesischen Volksbefreiungsarmee) vom Dezember 2022 steht: Dieser Bericht sagt ein Ende des Krieges im Sommer 2023 voraus, wobei Russland die Oberhand behalten würde. Weder die russische noch die ukrainische Wirtschaft könne eine weitere Fortsetzung des Krieges verkraften. [https://babel.ua/en/news/91385-nikkei-china-believes-that-the-war-in-ukraine-will-end-this-](https://babel.ua/en/news/91385-nikkei-china-believes-that-the-war-in-ukraine-will-end-this-summer-this-is-why-beijing-presented-its-peace-plan)

[summer-this-is-why-beijing-presented-its-peace-plan](https://www.agenzianova.com/en/news/ukraine-nikkei-china-is-counting-on-a-russian-military-victory-by-the-autumn/) und <https://www.agenzianova.com/en/news/ukraine-nikkei-china-is-counting-on-a-russian-military-victory-by-the-autumn/>

<sup>4</sup> Vgl. Ein Bericht im Wall Street Journal vom 24.2.2023: <https://www.wsj.com/articles/as-china-calls-for-peace-u-s-believes-beijing-is-mulling-artillery-and-drone-deliveries-to-moscow-ae2b62a>. Auch wenn man nicht sicher sein kann, aufgrund welcher Fakten die Vermutung bezüglich chinesischer Waffenlieferungen aufkam, so ist es doch sehr eigenartig, dass inzwischen alle führenden Politiker\*innen des Westens betonen, es gäbe derzeit keine Anzeichen für solche Lieferungen, und sich zugleich bemüßigt fühlen, China davor zu warnen.

anschließenden Gesamtbeurteilung und einem Umreißen des Kontexts – der dahinterstehenden Interessen, der Reaktionen der wichtigsten Player und der Chancen des Plans. Das alles ist aber bloß ein erster Diskussionsvorschlag mit vagen Einschätzungen. Ich versuche, multiperspektivisch auf den Zwölf-Punkte-Plan einzugehen und ihn nicht nur aus einer pazifistischen Position zu betrachten.

### Die einzelnen Punkte des Vorschlags

#### China's Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis<sup>1</sup>

Das Wording der Überschrift ist gewiss sorgfältig gewählt, zugleich hochproblematisch, genauer gesagt, es bringt die problematische Position Chinas deutlich zum Ausdruck: China möchte als Vermittler auftreten, also eine neutrale Position einnehmen. Man könnte sagen, China befleißigt sich einer „pro-russischen Neutralität“.<sup>2</sup> Die Volksrepublik hat nicht Stellung gegen den Krieg genommen, was als Akzeptanz der russischen Invasion gewertet werden kann, und sie ist zudem ganz offiziell mit Russland eng befreundet und wirtschaftlich verbunden. Andererseits könnte man sagen, China hat Russlands Angriff zwar nie verurteilt und auch keine diesbezügliche UNO-Resolution unterstützt, aber den Krieg auch nie direkt gutgeheißen (ihn sehr wohl ökonomisch und politisch für sich genützt, aber auch das ist ambivalent, denn der Krieg ist auch für China ein Schaden.) Diese uneindeutige Position kommt in der Überschrift zum Ausdruck – es wird niemand verurteilt, was der Haltung eines Vermittlers entspricht, aber der kriegerische Konflikt wird nur als „ukrainische Krise“ bezeichnet, was freilich als parteiische Formulierung zugunsten der russischen Sichtweise („Spezialoperation“) verstanden werden kann.

**1. Respecting the sovereignty of all countries.** Universally recognized international law, including the purposes and principles of the United Nations Charter, must be strictly observed. The sovereignty, independence and territorial integrity of all countries must be effectively upheld. All countries, big or small,

<sup>1</sup> In Rot der Text des chinesischen Papiers (in englischer Übersetzung), in Schwarz meine Kommentare. Quelle: [https://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202302/t20230224\\_11030713.html](https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html)

strong or weak, rich or poor, are equal members of the international community. All parties should jointly uphold the basic norms governing international relations and defend international fairness and justice. Equal and uniform application of international law should be promoted, while double standards must be rejected.

Der erste Punkt ist die Bekräftigung des ersten und wichtigsten Prinzips bei der Lösung der sog. „Ukraine-Krise“ – Respektierung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Länder unabhängig von ihrer Größe. Das muss man wohl als ein Prinzip sehen, das völlig im Gegensatz zum russischen Verhalten steht, auch wenn die Formulierung in prinzipieller Allgemeinheit gehalten ist. Mich wundert, dass meines Wissens niemand im Westen diesen Punkt herausgestrichen hat. Es heißt nur abwertend, dass Chinas Forderung nach Aufrechterhaltung der „Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Länder“ bloß „eine Formulierung [sei], die China als Vermittler empfehlen soll“ (Manuela Honsig-Erlenburg, Der Standard, 24.2.2023). Chinas Position wird inhaltlich gar nicht ernstgenommen, sondern jeder Punkt wird ausschließlich als Teil einer verächtigen politischen Strategie interpretiert. Die Kritik an doppelten Maßstäben ist eine unüberhörbare Kritik vorwiegend an westlichen Positionen, z. B. jener, dass der Westen die Verletzung der ukrainischen Souveränität kritisiert, dass aber die USA und Großbritannien die Souveränität des Irak oder Afghanistans ebenso verletzt haben. Klar, dass das hierzulande niemandem schmecken mag.

Auf einer grundsätzlicheren Ebene muss man sich allerdings auch fragen, ob die Priorität des Prinzips der nationalen Souveränität, das im Kontrast zum Prinzip der Selbstbestimmung der Völker steht, immer friedensfördernd ist. Hier kann ich dieser Frage nicht weiter nachgehen.

**2. Abandoning the Cold War mentality.** The security of a country should not be pursued at the expense of others. The security of a region should not be achieved by strengthening or

<sup>2</sup> Vgl. dazu das regierungsnahen United States Institute for Peace (USIP) <https://www.usip.org/publications/2023/03/what-chinas-peace-plan-reveals-about-its-stance-russias-war-ukraine>

expanding military blocs. The legitimate security interests and concerns of all countries must be taken seriously and addressed properly. There is no simple solution to a complex issue. All parties should, following the vision of common, comprehensive, cooperative and sustainable security and bearing in mind the long-term peace and stability of the world, help forge a balanced, effective and sustainable European security architecture. All parties should oppose the pursuit of one's own security at the cost of others' security, prevent bloc confrontation, and work together for peace and stability on the Eurasian Continent.

Dieses Prinzip trägt der Tatsache Rechnung, dass es sich um einen multidimensionalen Krieg handelt – nicht nur Russland gegen die Ukraine, sondern auch Russland versus NATO (USA) und letztlich auch einen innerukrainischen Konflikt. (Rául Sánchez Cedillo unterscheidet als dritte Dimension den ökonomischen Konflikt zwischen Westen und Russland.<sup>1</sup>) Hier werden die Prinzipien der KSZE/OSZE in Erinnerung gerufen und die NATO-Expansion nach Osten wird, ohne sie dezidiert zu nennen, als konfliktfördernd verurteilt. Der Begriff der „nachhaltigen europäischen Sicherheitsarchitektur“ erinnert an Gorbatschows Rede vom „gemeinsamen europäischen Haus“. Am wichtigsten ist wohl der Satz, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten anderer Länder verfolgen darf. Er richtet sich im Grunde gegen das Verhalten *aller* Parteien. Der abschließende Hinweis auf den eurasiatischen Kontinent unterstreicht, dass China hier eine Art Parteienstellung beansprucht und sich durch seine geografische Zugehörigkeit als Vermittler legitimiert fühlt.

**3. Ceasing hostilities.** Conflict and war benefit no one. All parties must stay rational and exercise restraint, avoid fanning the flames and aggravating tensions, and prevent the crisis from deteriorating further or even spiraling out of control. All parties should support Russia and Ukraine in working in the same direction and resuming direct dialogue as quickly as possible, so as to gradually deescalate the situation and ultimately reach a comprehensive ceasefire.

Die Forderung nach einem Stopp der Kämpfe richtet sich gegen das Aufschaukeln des Konflikts und fordert im Gegensatz dazu Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. In der Sprache professioneller Konfliktbearbeitung wird formuliert, dass die Vermittler Russland und die Ukraine dabei „unterstützen“ sollen, zu direktem Dialog und schrittweiser Deeskalation zu kommen. Der westliche Vorwurf, ein augenblickliches Beenden der Kampfhandlungen nütze nur Russland, das damit seine Eroberungen sichere, geht ins Leere, denn die Forderung ist sehr allgemein gehalten, nennt keinen Zeitpunkt und ist in einen Vorschlag von Verhandlungen eingebunden.

**4. Resuming peace talks.** Dialogue and negotiation are the only viable solution to the Ukraine crisis. All efforts conducive to the peaceful settlement of the crisis must be encouraged and supported. The international community should stay committed to the right approach of promoting talks for peace, help parties to the conflict open the door to a political settlement as soon as possible, and create conditions and platforms for the resumption of negotiation. China will continue to play a constructive role in this regard.

Dieser Punkt ist die Fortsetzung der Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen, er betont, dass nur durch Dialog und Verhandlungen eine dauerhafte Lösung möglich sein wird. Dabei wird die Weltgemeinschaft direkt an ihre Verantwortung erinnert, einen Beitrag zu leisten. China spricht sich für Verhandlungen aus, ohne irgendwelche Vorschriften oder eigene Vorschläge zu machen, was man durchaus als ein professionelles Verhalten einer dritten Partei in einem Konflikt bewerten kann.

**5. Resolving the humanitarian crisis.** All measures conducive to easing the humanitarian crisis must be encouraged and supported. Humanitarian operations should follow the principles of neutrality and impartiality, and humanitarian issues should not be politicized. The safety of civilians must be effectively protected, and humanitarian corridors should be set up for the evacuation of civilians from conflict zones. Efforts are needed to increase

---

<sup>1</sup> Rául Sánchez Cedillo: Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine. Argumente für einen konstituierenden Frieden. Wien: transversal texts 2023.

humanitarian assistance to relevant areas, improve humanitarian conditions, and provide rapid, safe and unimpeded humanitarian access, with a view to preventing a humanitarian crisis on a larger scale. The UN should be supported in playing a coordinating role in channeling humanitarian aid to conflict zones.

Dieser Punkt kann ebenfalls kaum kritisiert werden. Er formuliert die klassische Forderung nach größtmöglichem Schutz der Zivilbevölkerung während des Krieges und spricht zu Recht der UNO eine zentrale Rolle zu.

**6. Protecting civilians and prisoners of war (POWs).** Parties to the conflict should strictly abide by international humanitarian law, avoid attacking civilians or civilian facilities, protect women, children and other victims of the conflict, and respect the basic rights of POWs. China supports the exchange of POWs between Russia and Ukraine, and calls on all parties to create more favorable conditions for this purpose.

Auch hier stellt sich China auf die Seite geltenden internationalen Rechts und der UN-Prinzipien. Der chinesische Text kritisiert allerdings weder die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die vorrangig von russischer Seite begangen werden, noch die gezielte Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur, die zwar auch militärische Zwecke verfolgt, aber vor allem die Zivilbevölkerung trifft. Allerdings entspricht dies dem Charakter des Zwölf-Punkte-Plans, nichts und niemanden direkt zu kritisieren, hingegen Prinzipien hochzuhalten, die ihrerseits sehr wohl als Instrumente der Kritik gegen die bestehende Kriegsführung dienen können. Aber die Frage des Rechts auf Wehrdienstverweigerung, die hier ihren Platz hätte, wird nicht angesprochen.

**7. Keeping nuclear power plants safe.** China opposes armed attacks against nuclear power plants or other peaceful nuclear facilities, and calls on all parties to comply with international law including the Convention on Nuclear Safety (CNS) and resolutely avoid man-made nuclear accidents. China supports the International Atomic Energy Agency (IAEA) in playing a

constructive role in promoting the safety and security of peaceful nuclear facilities.

Wiederum ruft hier Beijing zur Einhaltung internationaler Normen, in diesem Fall jene der Internationalen Atomenergie-Organisation, auf. Was kann man daran aussetzen? Es ist sicher wichtig, diesen Punkt zu betonen, zumal der UN-Generalsekretär diesbezüglich wiederholt seine Besorgnis geäußert hat.

**8. Reducing strategic risks.** Nuclear weapons must not be used and nuclear wars must not be fought. The threat or use of nuclear weapons should be opposed. Nuclear proliferation must be prevented and nuclear crisis avoided. China opposes the research, development and use of chemical and biological weapons by any country under any circumstances.

Das ist, wie mir scheint, der einzige Punkt, der von deutschen und anderen westlichen Politiker\*innen positiv aufgenommen wurde. Er wird als deutliche chinesische Warnung gegenüber den mehrfachen russischen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen interpretiert. Er steht aber im Kontext des gesamten Papiers, das auf Deeskalation ausgerichtet ist. Es müssten doch alle zwölf Punkte in diesem Sinne interpretiert werden.

**9. Facilitating grain exports.** All parties need to implement the Black Sea Grain Initiative signed by Russia, Türkiye, Ukraine and the UN fully and effectively in a balanced manner, and support the UN in playing an important role in this regard. The cooperation initiative on global food security proposed by China provides a feasible solution to the global food crisis.

Hier unterstützt China die (abgesehen von Gefangenenaustausch) einzige während des Krieges gelungene russisch-ukrainische Vereinbarung und betont die führende Rolle der UNO. Außerdem bekräftigt China seine *cooperation initiative on global food security*, die es beim G20-Gipfel auf Bali/Indonesien im Juli 2022 vorgestellt hat.<sup>1</sup> Es erinnert damit daran, dass es sich seit Beginn des Krieges um Deeskalation und um Schadensvermeidung vor allem für die Länder des globalen Südens bemüht hat.

<sup>1</sup> <https://english.news.cn/20220708/d0e86c46b7764a38b2320a62b72864dd/c.html>

**10. Stopping unilateral sanctions.** Unilateral sanctions and maximum pressure cannot solve the issue; they only create new problems. China opposes unilateral sanctions unauthorized by the UN Security Council. Relevant countries should stop abusing unilateral sanctions and „long-arm jurisdiction“ against other countries, so as to do their share in deescalating the Ukraine crisis and create conditions for developing countries to grow their economies and better the lives of their people.

Dieser Punkt ist direkt und offen gegen die westliche Politik gerichtet und zwar wesentlich konkreter, als sich der erste Punkt direkt gegen die russische Politik richtet. China ergreift damit für Russland Partei, könnte man schließen. Andererseits erinnert China daran, dass sämtliche militärischen ebenso wie sämtliche ökonomischen Kampfhandlungen ohne UN-Autorisierung illegal sind – eine für die westliche Politik unangenehme Wahrheit. Es geht hier China sicher nicht nur um die Sanktionen gegen Russland, sondern um jegliche derartigen Maßnahmen, die oft auch China selbst treffen. Natürlich wäre Chinas Position noch glaubwürdiger, wenn es die Illegalität der russischen Intervention ebenso deutlich ansprechen würde.

**11. Keeping industrial and supply chains stable.** All parties should earnestly maintain the existing world economic system and oppose using the world economy as a tool or weapon for political purposes. Joint efforts are needed to mitigate the spillovers of the crisis and prevent it from disrupting international cooperation in energy, finance, food trade and transportation and undermining the global economic recovery.

Hier macht sich China zum Sprecher jener Staaten, insbesondere des globalen Südens, auf die der Krieg negative ökonomische Auswirkungen hat. China fordert eine liberale ökonomische Weltordnung, was nicht einem kommunistischen, sondern einem genuin westlich-liberalen Prinzip entspricht (auch wenn der Westen dieses Prinzip immer verletzt hat, wenn es ihm opportun erschien). Klar spricht hier China auch im eigenen ökonomischen Interesse und es bekräftigt zugleich einen geopolitisch

bedeutsamen Anspruch als Vertretung der „Entwicklungsländer“.

**12. Promoting post-conflict reconstruction.** The international community needs to take measures to support post-conflict reconstruction in conflict zones. China stands ready to provide assistance and play a constructive role in this endeavor.

Auch das ist nicht nur ein wichtiges Prinzip, sondern auch ein positives Versprechen eines eigenen Engagements – wiederum sehr allgemein gehalten, wie der gesamte Text ausdrücklich dem Grundsatz einer vorsichtigen Diplomatie entspricht. Er enthält sich auch hier jeglicher Festlegungen, die erst in einem Verhandlungsprozess getroffen werden können. Man muss freilich kritisieren, dass mit der „post-conflict reconstruction“ offenbar nur die ökonomische Seite angesprochen und die Entwicklung einer Kultur des Friedens nicht mitgedacht wird. Dazu der ukrainische Pazifist Yurii Shelia-zhenko: „Good point. Though we need transformation to nonviolent society. No government will dare to admit it.“<sup>1</sup>

### ***Gesamteinschätzung des Wortlauts des Textes***

Insgesamt enthält der chinesische Zwölf-Punkte-Plan viele richtige und im Grunde international offiziell anerkannte Prinzipien des internationalen Rechts. Diese werden stellenweise zu Handlungsvorschlägen, die einmal der einen, einmal der anderen Partei als unerfüllbar erscheinen, weil gegen die eigenen Interessen gerichtet. Er ist in einer sehr sorgfältig gewählten, bewusst „neutral“ formulierten Sprache verfasst worden.

Die Forderung nach Einhaltung internationaler Rechtsprinzipien ist absolut notwendig und richtig. Viele dieser Punkte könnten auch vom UN-Generalsekretär stammen. Das gesamte Papier betont nicht nur rechtliche Prinzipien, sondern hebt auch zentrale Maximen der Konfliktforschung zur Deeskalation und zum Start von Friedensgesprächen hervor. China hütet sich, in dieser frühen Phase konkrete Vorschläge zu machen, wie solche Gespräche verlaufen sollten oder gar vorzugeben, welche Regelungen die Konfliktparteien aushandeln

<sup>1</sup> In einem Brief an den Autor, 3.3. 2023.

könnten. Stattdessen werden die Prinzipien hervorgehoben, deren Beachtung einerseits erst zu solchen Dialogen führen könnte und die andererseits bei allen solchen Dialogen berücksichtigt werden müssen. Jedenfalls kann man dem Text weder Bedeutungslosigkeit noch Irrelevanz vorwerfen. Eher kann man kritisieren, dass er in der Art, wie er einmal sehr allgemein (Punkt 1) und ein andermal eher relativ konkret (Punkt 10) argumentiert, doch eine Einseitigkeit an den Tag legt, die pro-russisch ist. Die russische Invasion wird nach wie vor nicht kritisiert, die westlichen Sanktionen, die sich als Antwort auf diese Invasion verstehen, hingegen schon. Allerdings geht die Kritik an Sanktionen weit über den Fall der Ukraine hinaus. Sie enthält „Sprengstoff“ für den Westen und ist eine Anklage des westlichen Neoimperialismus, obschon nicht mit offenen Worten. Ist das der Grund, weshalb der Vorschlag bei uns nicht ernsthaft diskutiert wird?

### **Text und Kontext: Zur Gesamteinschätzung der Initiative**

Natürlich wäre es naiv, den Text nur nach seinem Wortlaut zu beurteilen. Es ist völlig legitim und sogar notwendig, strategische Absichten und Hintergründe zu erhellen. Es ist m. E. aber nicht legitim, sich nur über vermutete strategische Absichten auszulassen und dabei die Analyse des Inhalts der Vorschläge völlig zu vernachlässigen. Aber auch die Art und die Umstände der Propagierung des Plans müssen berücksichtigt werden.

### **Chinas Gesamtstrategie**

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die chinesische Initiative keine isolierte Aktion ist, sondern im Kontext der *Global Security Initiative* (GSI) zu sehen ist, die die Volksrepublik 2022 erstmals beim *Boao Forum for Asia* vorgestellt hat. Diese wurde von China ganz gezielt als Gegenstrategie zur „spalterischen“ westlichen Politik lanciert, die mit wirtschaftlichem und

militärischem Druck arbeite, aber das Gegenteil von dem erreiche, was sie anstrebe. China verfolge vielmehr „*the vision of common, comprehensive, cooperative and sustainable security, pursues the long-term objective of building a security community, and advocates a new path to security featuring dialogue over confrontation, partnership over alliance and win-win over zero-sum*“.<sup>1</sup> Im Sinne dieser Vision, die sich offensichtlich der Sprache der Friedensforschung bedient, sind auch die folgenden Aktivitäten zu sehen:

- Erarbeitung des Global Security Initiative Concept Paper<sup>2</sup>
- Eröffnung des Preparatory Office of the International Organization for Mediation (IO-Med) in Hong Kong, China<sup>3</sup>
- und eben das vorliegende Papier zur Political Solution to the Ukraine Crisis

China hat offensichtlich die Ambition, als Friedensmacht aufzutreten und verwendet dazu eine friedenspolitische, völkerrechtliche und UN-konforme Diktion. Dass diese Positionierung zugleich ein Statement für eine multipolare Welt und gegen die internationale Dominanz der USA (die im Namen von Demokratie und Menschenrechten auftritt) ist, liegt in der Natur der Sache. Sie kann angesichts der Tatsache der Dominanz des selbsternannten Weltgendarmen auch nicht so ohne Weiteres negativ beurteilt werden. Jedenfalls hat der Plan Gewicht. Bereits die Veröffentlichung der chinesischen Vorschläge zur Friedensstiftung hat wesentlich dazu beigetragen, dass nun wieder vermehrt über Friedensverhandlungen gesprochen wird. Man könnte auch sagen, China hat mitgeholfen, eine neue „Front“ im russisch-ukrainischen Krieg zu eröffnen, die „Friedensfront“. Das heißt, dass alle Parteien mehr oder minder veranlasst sind, ihren Friedenswillen zu betonen, und dass eine Rivalität darum entsteht, wer eher bereit ist, in Richtung Frieden zu gehen. Natürlich ist diese Auseinandersetzung bislang nur ein spezifischer Bestandteil der jeweiligen Kriegspropaganda. Dennoch

<sup>1</sup> So Yao Wen, chinesischer Botschafter in Bangladesh am 1.3.2023, <https://www.tbsnews.net/thoughts/maintain-global-peace-and-security-china-taking-action-592514>

<sup>2</sup> [https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjbxw/202302/t20230221\\_11028348.html](https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjbxw/202302/t20230221_11028348.html)

<sup>3</sup> Siehe: <https://www.info.gov.hk/gia/general/202302/16/P2023021600544.htm>. „The IOMed will be the

*world's first intergovernmental legal organization dedicated to resolving international disputes through mediation. It will transcend the limit of litigation and arbitration in which one side wins and the other loses, and it aims to realize win-win cooperation between disputing parties, which is of high significance for maintaining stability of the international order.*“ (<https://www.tbsnews.net/thoughts/maintain-global-peace-and-security-china-taking-action-592514>)

könnte davon eine positive Wirkung auf die allgemeine öffentliche Meinung ausgehen, wenn es dadurch wieder salonfähig wird über Frieden zu sprechen.

#### *Zu den Reaktionen auf Chinas Plan*

EU und NATO haben sich zu Chinas Vorstoß zurückhaltend, skeptisch und großteils auch ablehnend geäußert, zugleich aber diplomatisch betont, dass es gut sei, wenn sich China um Frieden bemühe.<sup>1</sup> Der amerikanische Think Tank USIP (United States Institute for Peace) nennt das chinesische Papier „*Beijing’s so-called plan for a political settlement to the war*“<sup>2</sup>; USIP spricht ihm also die Friedensintention von vornherein ab: „The proposal is intended to give China the aura of a responsible great power but lacks any serious commitment to follow through.“<sup>3</sup> Ähnlich ein anderer US-amerikanischer Autor: „*China’s vague plan is aimed not at actually ending the war, but at impressing the developing world and rebutting accusations that Beijing has become a silent accomplice to Moscow.*“<sup>4</sup>

Die Hauptkritik lautet,

- (a) China sei kein neutraler Vermittler, sondern mit Russland eng verbunden;
- (b) der Vorschlag sei zu allgemein und daher nicht geeignet, den Frieden zu bringen, wobei besonders eine klare Verurteilung der Invasion erwartet wird – solange dies nicht der Fall sei, nütze der Plan eher nur Russland; und schließlich, wie erwähnt,
- (c) sei China gar nicht „befugt“, in diesem Konflikt zu vermitteln. Das heißt im Klartext, China bedrohe das westliche Friedensmonopol, also, das Monopol festzulegen, was eigentlich Frieden ist oder sein sollte.

Am ablehnendsten zeigte sich US-Präsident Joe Biden: „*Asked about the Chinese plan, US President Joe Biden told ABC News on Friday: ‚[Russian President Vladimir] Putin’s applauding it, so how could it be any good?‘ – ‚I’ve seen nothing in the plan that would indicate that there is*

*something that would be beneficial to anyone other than Russia,‘ he added.*“<sup>5</sup>

Die Ukraine hingegen hat den chinesischen Plan vorsichtig positiv aufgenommen. Es wurde kritisiert, dass Präsident Xi seit Kriegsbeginn mehrfach mit Präsident Putin konferiert hatte, aber niemals mit dem ukrainischen Präsidenten. Präsident Selenskyj begrüßte jedenfalls einige Elemente des Vorschlags als „wichtiges Signal“, meinte aber, nur das angegriffene Land sollte Initiator eines Friedensplans sein.<sup>6</sup> Manche Beobachter\*innen nennen die ukrainische Haltung „hesitant openness“: „*Head of the Penta Center think tank in Kiev, Volodymyr Fesenko, believes this hesitant openness will continue, noting that while China is allowed to remain the neutral arbiter, it will be forced to maintain neutrality and to abstain from supplying weapons and direct military assistance to Russia’ – an attractive and vital boon to the besieged Ukrainian government.*“<sup>7</sup>

Russland hat zunächst diplomatisch freundlich auf Chinas Plan reagiert, um dann eine freundliche Ablehnung zu formulieren. Der Plan verdiene ein eingehendes Studium, hieß es aus Moskau, zugleich aber seien die Bedingungen für eine friedliche Lösung derzeit nicht gegeben. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow meinte wörtlich: „*At the moment, we do not see the premises for this matter to take a peaceful path. The special military operation (in Ukraine) continues.*“<sup>8</sup> Damit sagt Russland eigentlich, dass es derzeit nicht gewillt ist, das Völkerrecht und die UN-Charta – auf denen Chinas Vorschlag beruht – zu respektieren. Kein westlicher Kommentar hat meines Wissens in diese Richtung argumentiert, wohl weil sich kaum jemand konkret auf den chinesischen Text einlassen wollte.

Man muss sich wirklich fragen, wieso ein Friedensplan, der von der Ukraine nicht abgelehnt, von Russland hingegen derzeit nicht goutiert wird, nicht für die USA und die NATO ein willkommener Anlass wäre, Russland zu isolieren und mit China gemeinsam auf einen Frieden hinzuarbeiten. Offensichtlich steht dem die

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-russland-ukraine-krieg-waffenstillstand-friedensplan-103.html>

<sup>2</sup> <https://www.usip.org/publications/2023/03/what-chinas-peace-plan-reveals-about-its-stance-russias-war-ukraine>

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> <https://carnegieendowment.org/politika/89172>; siehe auch

<sup>5</sup> BBC News, 25. 2. 2023, <https://www.bbc.com/news/world-europe-64762219>

<sup>6</sup> <https://www.reuters.com/world/ukraine-says-its-open-some-parts-china-ceasefire-proposal-2023-02-24/>

<sup>7</sup> <https://www.irinsider.org/home/china-floats-politically-charged-mediation-in-ukraine>

<sup>8</sup> Euronews, 4.3.2023, <https://www.euronews.com/2023/02/27/chinas-peace-plan-russia-says-no-conditions-for-peaceful-solution-or-ukraine-for-now>

strikte Haltung der USA entgegen, auf keinen Fall eine Lösung zuzulassen, die die internationale Position Chinas stärken könnte.<sup>1</sup>

### **Zur Bedeutung des chinesischen Vorschlags**

Prüfen wir hingegen die Sachargumente gegen den Zwölf-Punkte-Plan: Ist die oben beschriebene ambivalente Position Chinas – keine direkte Unterstützung des befreundeten Russlands, aber auch keine offene Kritik – ein Hindernis dafür, dass das Land als Vermittler auftritt? Ich meine nicht. China ist wohl der einzige Staat, der für sich einen enormen Einfluss auf Russland ausüben kann. Die einzige andere „Macht“, die das ebenfalls könnte, wäre eine entschlossene Koalition aus Staaten des globalen Südens und andere, die sich in diesem Krieg als mehr oder minder neutral positionieren, aber enge Beziehungen zu Russland unterhalten – Indien, Brasilien, Südafrika, vielleicht auch die Türkei und Israel.

Ist die allgemeine Form des Plans ein Anzeichen, dass China es gar nicht ernst meint, sondern sich nur in ein gutes Licht rücken möchte? Das wird man dann so sehen, wenn man China prinzipiell nur schlechte Absichten unterstellt. Wenn man die Komplexität und Ambivalenz der chinesischen Situation und der chinesischen Politik berücksichtigt und sich auch auf den Text des Vorschlags einlässt, wird man bemerken, dass die sehr generellen Formulierungen eher ein Zeichen sind, dass hier eine Rolle als Vermittlungsinstanz angestrebt wird, die nicht anstelle der Konfliktparteien handelt, sondern versucht, deren gegenseitigen Austausch zu unterstützen. Dass dies nicht für alle Punkte gleichermaßen gilt und der Text deswegen inkonsequent ist, wurde weiter oben schon angemerkt. Jedenfalls ist wohl der Ausdruck „Friedensplan“, eine Bezeichnung, die China selbst gar nicht verwendet, überzogen. Es handelt sich eher um Prinzipien und Guidelines, die bei einem Dialog oder Friedensprozess berücksichtigt werden sollten, sobald die Parteien eben dazu bereit sind.

China handelt dabei natürlich auch oder vornehmlich aus Eigeninteresse, das heißt konkret, im Rahmen seiner Gesamtstrategie, eine

multipolare Weltordnung durchzusetzen und damit das US-amerikanische Monopol als Weltgendarm zu brechen. In diesem Punkt sind Russland und China Verbündete – und solange und in dem Maße, in dem Russland den Krieg gegen die Ukraine als Bestandteil dieses Kampfes gegen die nordamerikanische bzw. westliche Hegemonie argumentieren kann, wird China diesen Krieg auch nicht verurteilen. Wer für die Aufrechterhaltung des US-Monopols eintritt, wird diese Gesamtstrategie natürlich verurteilen. Für viele Staaten und Völker, die bislang unter diesem Monopol leiden mussten, sieht die Situation ganz anders aus. Inwieweit China in der Auseinandersetzung mit den USA selbst als imperiale Macht auftritt, steht auf einem anderen Blatt und braucht hier nicht diskutiert zu werden.

Mit der neuen Initiative stärkt China seine Position in der Gruppe der Staaten des globalen Südens. Natürlich ist der Vorschlag auch im Einklang mit Chinas Taiwan-Politik, das Hochhalten des Prinzips der territorialen Integrität bedeutet auch eine Legitimierung des Anspruchs auf Taiwan.

Chinas zwölf Punkte sind aber auch im Zusammenhang mit anderen Friedensbemühungen aus dem globalen Süden zu sehen, vor allem mit denen von Brasilien unter Präsident Lula. Brasilien hat, im Gegensatz zu China, die russische Invasion klar verurteilt, weigert sich aber, der Ukraine Waffen zu liefern, wie es die USA und der Westen von ihm fordern. Präsident Lula wörtlich zu Präsident Biden: „*I don't want to join the war, I want to end the war.*“<sup>2</sup> Und ferner:

*„My suggestion is that we form a group of countries that will sit at the table with Ukraine and Russia to try to find peace, to try to stop the war. Brazil will make an effort. I already spoke with Macron. I spoke with Scholz. I will speak with other presidents, the United States, with President Biden. Then I will find other presidents to talk to about the idea of creating a group of people, institutional, multilateral, G20, G10, G15, to sit down and find peace, because the world needs peace.“<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> Vgl. dazu den sehr erhellenden Kommentar eines BRICS-Analysten aus Südafrika vom 9.3.2023 <https://www.business-live.co.za/bd/opinion/2023-03-09-nicholas-shubitz-chinas-peace-plan-for-ukraine/>

<sup>2</sup> [https://www.democracynow.org/2023/2/28/brazil\\_lula\\_diplomacy\\_war\\_in\\_ukraine](https://www.democracynow.org/2023/2/28/brazil_lula_diplomacy_war_in_ukraine)

<sup>3</sup> Ebenda.

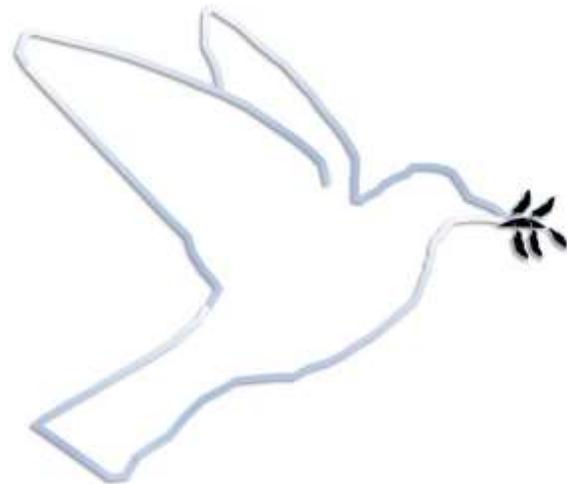
Ende März wird Lula Xi Jinping treffen. Kooperationen in Richtung Frieden stehen neben anderen Punkten auf der Tagesordnung.

### **Wie soll man mit Chinas Plan umgehen?**

Auch wenn man der Meinung ist, dass China nur eigennützige Ziele verfolge, so muss man zugleich anerkennen, dass hier ein Vorschlag mit Prinzipien für einen Frieden vorliegt. Damit wird der im Westen vorherrschende Diskurs, dass es nur um einen Sieg an der militärischen Front gehe, praktisch widerlegt. Wer sich gegen den Plan stellt, muss sich nun die Frage gefallen lassen, warum er nicht selbst einen Friedensplan vorbereitet hat: „Aus welchem Grund müssen eigentlich Brasilien und China zu diplomatischen Vorstößen ausholen, die eine Friedensagenda für die Ukraine abbilden? Weshalb übernimmt das nicht die EU, wenn dort unablässig und zu Recht beklagt wird, dass es einen Krieg ‚mitten in Europa‘ gibt? Was fiele mehr in die Zuständigkeit eines europäischen Staatenbundes, als darauf mit adäquater Diplomatie zu reagieren?“<sup>1</sup> Mehr noch: Wer den Plan, der hauptsächlich UN-Prinzipien bekräftigt, ablehnt, gerät in den Verdacht, selbst die UN-Prinzipien zu ignorieren oder abzulehnen. Und selbst jemand, der überzeugt ist, dass es gerade jetzt um die Verstärkung der ukrainischen Kampfkraft gehe, wird nicht umhin können, die Wirkung der Initiative vor allem auf die sich neutral verhaltenden Staaten des globalen Südens in Rechnung zu stellen, die sie weitgehend positiv aufgenommen haben. Und auch gegen Chinas Plan zu sein, weil man das Land als seine gefährlichsten Rivalen begreift, wie das die USA tun, sollte noch längst kein Grund sein, den Zwölf-Punkte-Plan abzulehnen.<sup>2</sup> Dazu eine vernünftige Stimme aus dem globalen Süden, aus Nigeria: „That real diplomatic tensions exist between China and the United States and allies, in of itself, is not a sufficiently compelling enough reason not to intelligently consider the Chinese offer to mediate in the Russian/Ukrainian war.“<sup>3</sup>

Das meint bemerkenswerterweise auch der hochrangige ehemalige Berater der US-Regierung Robert A. Manning: „While it is tempting to dismiss China’s move as a hollow proclamation, it is not insignificant that Beijing has put these principles on record. For all its ambition to be a leading world power, it is unusual for China to take diplomatic initiatives in an international crisis. The only other such effort was hosting the Six-Party Talks (consisting of the U. S., China, Japan, Russia and North and South Korea) in 2003. I was involved in those talks and China played a largely constructive role, though the effort ultimately broke down due to North Korean intransigence.“<sup>4</sup>

Alle jene aber, die tatsächlich an einer friedlichen Lösung dieses ebenso grausamen wie tragischen Krieges interessiert sind, sollten dem chinesischen Vorschlag große Aufmerksamkeit widmen, ihn insgesamt und seine einzelnen Punkte nutzen, um Dialoge anzustreben und schrittweise eine breite Allianz für eine Beendigung des Krieges aufzubauen. Wenn eine Koalition von Staaten zustande kommt, die als Mediatorin auftritt, braucht es erst recht eine starke Zivilgesellschaft und Friedensbewegung, um in Kooperation, aber auch unabhängig von diesen Bemühungen als Friedenskraft aufzutreten.<sup>5</sup>



<sup>1</sup> Siehe Freitag (Nr. 9/23) <https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/friedensplan-china-will-eine-multipolare-welt-jenseits-der-hegemonien>.

<sup>2</sup> <https://guardian.ng/opinion/chinese-mediation-in-the-russian-ukrainian-conflict/>

<sup>3</sup> The Guardian (Nigeria), 1.3.2023, <https://guardian.ng/opinion/chinese-mediation-in-the-russian-ukrainian-conflict/>

<sup>4</sup> <https://thehill.com/opinion/international/3875996-what-to-make-of-chinas-peace-plan-for-ukraine/>

<sup>5</sup> Beitrag vom 8.3.2023. Zur Person und zur Tätigkeit von Werner Wintersteiner siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Werner\\_Wintersteiner](https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Wintersteiner)

## Die Geehrten am Tag der Menschenrechte 2022 Mérite Européen Award 2022 in Wien

(Christa Hofmeister<sup>1</sup>)

### Ehrendiplom für das Europahaus Klagenfurt

Das Europahaus Klagenfurt wurde im Jahre 1965 als gemeinnütziger, überparteilicher Verein mit dem Ziel gegründet, politische Bildung und Erwachsenenbildung zu fördern und umzusetzen. Das Europahaus Klagenfurt ist Mitglied von EUNET (European Network for Education and Training e. V.) und Mitglied der Österreichischen Föderation der Europahäuser (ÖFEH).

Seit rund 60 Jahren begleitet das Europahaus Klagenfurt durch seine Bildungsarbeit das Werden und Zusammenwachsen Europas, um damit das europäische Bewusstsein zu stärken und europäische Werte zu vermitteln. Dieses Engagement umfasst außerschulische Informations- und Bildungsmaßnahmen für europäische Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen, die sich für die Grundlagen der europäischen Einigung und die aktuelle Europapolitik interessieren.

Durch direkte Kontakte zu europäischen Institutionen ist es möglich, für die Bürgerinnen und Bürger Europas relevante Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich unmittelbar in die Bildungsarbeit einfließen zu lassen: in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen, Bildungsreisen zu den europäischen Zentren, in die Beratung von Bildungspersonal, Schülerinnen und Schülern sowie von Gemeinden und das Erstellen von Informationsmaterialien. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen europäischen Einrichtungen und Schulen spiegelt sich in internationalen Fachseminaren und Tagungen, internationalen Jugendbegegnungen und Jugendseminaren, der Erarbeitung von Wanderausstellungen und begleitenden Broschüren, in Schreib-, Mal- und Fotowettbewerben sowie in der Zusammenarbeit mit politischen, sozialpartner-

schaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen zur Durchführung gemeinsamer Projekte wider.

Mit der Übernahme von Europe Direct hat sich die Tätigkeit im Europahaus erweitert. Der Aufgabenbereich erstreckt sich von Weiterbildung und Training von Europas Jugend im Rahmen von Erasmus+, über Jugend in Aktion, Unterstützung der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ und Europäisch & jugendgerecht durch die Schule bis hin zu Workshops für Schülerinnen und Schüler. Die Wanderausstellung Europa #wasistjetzt leistet dazu anschauliche Dienste. Europa aus erster Hand zu erfahren, Europa kennen zu lernen und Europa zu leben funktioniert auch in entspannter Atmosphäre bei einem frisch zubereiteten Kaffee im hauseigenen Tuk-Tuk-Euro-Cafe.

Das Ehrendiplom „Diplôme d’Honneur“ für das Europahaus Klagenfurt nahm der Präsident Christof Zernatto entgegen.

### Karl-Heinz Eigen

Karl-Heinz (Karl) Eigen ist am 25. Mai 1950 in Hafeneuth/Bayern geboren, verheiratet, Vater von drei Kindern, Großvater von fünf Enkeln und in Donauwörth wohnhaft. Nach der Pflichtschule trat er in die Lehre zum Einzelhandelskaufmann, absolvierte eine Ausbildung für die mittlere Beamtenlaufbahn und versah als Justizvollzugsbeamter in der Strafanstalt Kaisheim Dienst. Als 16-Jähriger kam Karl Eigen über Bernd Niemczak zur Europa-Jugend, wurde begeisterter Europäer und organisierte an seiner Seite unzählige Veranstaltungen und Projekte. Dabei stand grenzüberschreitende Kontakte aufzubauen und zu forcieren im Mittelpunkt ihrer Informationsarbeit für Europa. 1993 wurde Eigen 1. Vorsitzender des Kreisverbands Donau- Ries und Ranghöchster Europäer im Kreis Donau-Ries.

<sup>1</sup> Zur Person und Tätigkeit von Christa Hofmeister siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Christine\\_Hofmeister](https://de.wikipedia.org/wiki/Christine_Hofmeister)

Unter seinen unzähligen Aktivitäten hervorzuheben sind die Unterstützung beim Hilfsprojekt von 1993 bis 1997 in Rumänien Alba Iulia, Brasov mit Beteiligung am Schulhausbau und der Schulbegleitung der Kinder. Exkursionen und Bildungsreisen nach Belgien, Italien, Polen, in die Slowakei und die Schweiz sowie nach Straßburg und allem voran die Europäische Begegnung – Internationales Zeltlager zu Pfingsten mit jeweils ca. 150 Teilnehmern u. a. aus Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Rumänien, der Schweiz und aus den USA – Karl Eigen war 25 Jahre lang Europa-Chef in der Lagerküche! Er forcierte den Europäischen Schulwettbewerb und organisierte zwei Mal die Siegerehrung für 250 Preisträger in Schwaben. Seit über 20 Jahren verantwortet er Veranstaltungen zum Europatag in Berufsschulen und in Volkshochschulen. Durch seine Tätigkeit als Sektenbeauftragter in der Strafvollzugsanstalt erfolgte die Kontaktaufnahme zu Religionsgemeinschaften, insbesondere zur islamischen Gemeinde in Donauwörth. Auch dort gelang es, den europäischen Gedanken aufzunehmen. Sehr wichtig war die Zusammenarbeit mit den Europäischen Föderalisten in der Steiermark. 1994 besuchte die Europa-Union Deutschland die Feldbacher Europagespräche, 17 weitere Fahrten folgten. Die Wanderausstellungen der Europäischen Föderalisten Steiermark zu den Themenschwerpunkten Erweiterung der EU, Eine Währung für Europa und Schengen waren eine dienliche Informationsquelle, der sich die „Donauwörther“ – wie sie von den „Steirern“ immer genannt wurden – sehr gerne bedienten. In zahlreichen Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen konnte mit diesen Wanderausstellungen einigen tausend Besuchern ein „Mehr an Information“ weitergegeben werden.

Das Karl Brunner Europahaus Neumarkt war ein gern genutztes Domizil für einen Gedankenaustausch in der gemeinsamen Arbeit für Europa. Darüber hinaus rückten die Europajugend Donauwörth mehrmals aus, um dieser gewachsenen Bildungseinrichtung auf Schloss Forchtenstein auch handwerklich Hilfe zu leisten (Aufstellen des Carports, Erneuerung der Roste auf den Terrassen, Isolierung der Dachböden im Turmtrakt, Streifarbeiten, Ausbesserungen an der Hopfpflasterung ...).

Karl Eigen ist Ehrenmitglied der Europa-Jugend und Träger der Silbernen Ehrennadel mit Urkunde der Europa-Union Deutschland und wurde im August 2022 mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Seit 10. Dezember 2022 ist er außerdem Träger des „Mérite Européen in Silber“.

### **Bernd Niemczak**

Bernd Niemczak, am 21. September 1945 in Donauwörth/Bayern geboren, ist Witwer, hat eine Tochter und zwei Enkelkinder. Nach der Pflichtschule besuchte er die Handelsschule und machte eine Lehre zum Industriekaufmann. Er war beruflich als IT-Operator, IT-Programmierer, Abteilungsleiter und Leiter für Unternehmenssicherheit bei Eurocopter Donauwörth tätig.

1963 begründete er die Europa-Jugend-Deutschland im Landesverband Bayern mit und ebenso die Europa-Union, Kreisverband Donau-Ries. Organisation, Durchführung und Mitwirkung gehörten zu seinen Hauptaufgaben in der Europa-Jugend, wie auch bei der Europa-Union. Besonders wichtig war und ist es Bernd Niemczak, die Friedensidee Europa in die Bevölkerung zu tragen. 1966 brachte er Karl Eigen zur Europa-Jugend und fand in ihm einen dynamischen Weggefährten. Ein elementarer Teil der Arbeit waren unzähligen Europa-Klausuren. Es entstand die Jugendzeitschrift EUROPA+JUGEND mit ihrer Erstausgabe 1967. Bernd Niemczak und Karl Eigen waren stets gemeinsam nach Europa unterwegs und brachten so die Veranstaltungen und Aktionen der Europa-Jugend und Europa-Union auf dem Weg.

Ergänzend zu den im Beitrag von Karl Eigen angeführten Aktivitäten ist zu erwähnen: Zum genannten Rumänien-Hilfsprojekt kamen weitere 24 Aktionen, darunter ein großer Einsatz bei einem Hilfsprojekt in der Türkei (Ostanatolien) mit einem Schulbau in der Provinz Van. Die Pfingstlager mit internationaler Beteiligung wurden 56 Mal durchgeführt, zusätzlich neun Sommer-Zeltlager. 90 Aktionen mit Ausstellungen, Infoständen, Präsentationen, Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Wettbe-

werben zu Themenschwerpunkten u. a. zu Europawahlen, zur EU-Erweiterung, zum Euro, zu Schengen, zum Europatag oder zum Tag des Europäischen Mitbürgers.

Gegenseitiger Besuch und Gedankenaustausch trägt zur Völkerverständigung in einem Europa der Vielfalt bei und muss gepflegt werden, lautet der Tenor von Bernd Niemczak. Betreuung ausländischer Gruppen, Gruppenleiter-Weiterbildungen, Exkursionen, Workshops usw. gelten ihm als wesentliche Gelegenheiten zur Heranbildung von Multiplikatoren. Informationsfahrten inklusive Treffen mit europäischen Freunden gehörten ebenso dazu, wie gemeinsame Veranstaltungen mit europäischen Organisationen in den Nachbarländern.

Fragt sich jemand, woher die Ideen kamen: Mit den fix im Terminkalender stehenden Dämmerchoppen gingen stets europäische Themen einher.

Bernd Niemczak bezeichnete in seiner Rede, die Treffen mit den „Europäern“ in der Steiermark als großen Gewinn und betonte: *„Die Teilnahme an den Feldbacher Europagesprächen mit Exkursion in die Nachbarländer ließ uns mit viel neuer Motivation zurückkehren.“* Die Laudatorin Christa Hofmeister hob ihrerseits die „Donauwörther“ als große Bereicherung für die Steiermark hervor.

Bernd Niemczak ist Ehrenmitglied bei der Europa-Jugend und Träger der Silbernen Ehrennadel mit Urkunde der Europa-Union Deutschland und erhielt im August 2022 die Goldenen Ehrennadel – als *„standfester Motor und Initiator vieler Veranstaltungen und überzeugter Vertreter einer längst überfälligen Europäischen Regierung“*.

Der „Mérite Européen in Silber“ ist höchst verdient.

### **Prof. Mag. Dkfm. Valentin Petritsch**

Valentin Petritsch wurde am 16. Februar 1942 geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach Abschluss der Volksschule Velden am Wörther See und des Stiftsgymnasium St. Paul im Lavanttal, maturierte er 1960 an der Handelsakademie Klagenfurt und studierte anschließend an der Hochschule für Welthandel, die er 1966 mit dem Titel

Diplomkaufmann abschloss. Im Jahr 1969 wurde er Magister (Mag. rer. soc. oec.) und erhielt seine Lehrbefähigung. 1998 besuchte er einen Kurs für Europarecht und Europäische Institutionen an der Alpbacher Sommerschule. Ob in seinen Berufsjahren in der Privatwirtschaft oder als Professor für die kaufmännischen Fächer an der Handelsakademie Villach, wo er später zum Direktor ernannt wurde, den Europagedanken ließ er stets in seine Tätigkeit einfließen. Das „Europäische Forum Alpbach“ wurde ihm für viele Jahre zum Fixpunkt.

Von 1973 bis 1997 war Valentin Petritsch Bürgermeister der Marktgemeinde Velden am Wörthersee und engagierte sich in dieser Funktion besonders für Zusammenhalt auf europäischer Ebene. Auf seine Initiative wurde die Partnerschaft mit der Gemeinde Bled im ehemaligen Jugoslawien, heute Slowenien, sowie zur italienischen Stadt Gemona, insbesondere im Zuge des Geschehens rund um das Erdbeben 1976 eingerichtet. Aufgrund seiner besonderen Leistungen für die Stadt wurde Valentin Petritsch zum Ehrenbürger von Gemona di Friuli ernannt.

Valentin Petritsch ist seit 1997 im Verein Europahaus Klagenfurt aktiv, übernahm im Vorstand die Position des Finanzreferenten, war Vizepräsident und von 2016 an Präsident. Er bekleidet auch eine Vorstandsfunktion in der Österreichischen Föderation der Europahäuser. Er war stets bemüht, vor allem der jungen Generation, die europäische Dimension zu vermitteln. *„Die Jugend hat die Verpflichtung, weiterzuführen, was in der Vergangenheit erfolgreich war“*, hob er bei der Auftaktveranstaltung 25 Jahre Österreich in der Europäischen Union – Wachsen in Europa im Europagymnasium Klagenfurt hervor. Seine Funktion als Präsident des Europahauses hat er im Mai 2022 in die Hände des ehemaligen Kärntner Landeshauptmannes Christof Zernatto gelegt.

Valentin Petritsch ist eine wahre Inspiration für ganz Europa. Er wurde für sein unermüdliches Engagement vom Europe Direct Netzwerk Österreich im Juli 2020 zum Europäer des Monats ernannt.

Wir gratulieren zur Verleihung des Mérite Européen in Silber.

## Mag.<sup>a</sup> Dr.in Nana Walzer

In Wien am 30. Mai 1973 geboren, ist Nana Walzer promovierte Kommunikationswissenschaftlerin und als Autorin, Vortragende, Trainerin und Moderatorin tätig. Seit 2016 tritt sie als Kommunikationsexpertin in Radio und Fernsehen sowie in Podcasts auf. Als Kommunikationswissenschaftlerin lehrt sie an mehreren Universitäten und Hochschulen.

Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende der NGO Europe: United – einem gemeinnützigen Verein, der seit 2017 die Entwicklung eines pro-europäischen Bewusstseins, pro-europäischer Handlungsweisen und die Verständigung zwischen den Völkern fördert.

Nana Walzer verfasst Bücher und Hörbücher, designt und moderiert Podcasts und Diskussionsveranstaltungen sowie TV- und Radiobeiträge. In diesen Formaten beleuchtet sie aktuelle Herausforderungen für Mensch und Gesellschaft multiperspektivisch und lösungsorientiert. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf europa- und demokratiepolitisch relevanten Themen mit dem Ziel der Förderung von Diskurskultur, zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung und eines friedlichen Zusammenlebens in Europa. Zu ihren Publikationen zählen Titel wie Die Kunst der Begegnung. Vom Ich zum Wir (2016), Die Evolution der Menschlichkeit. Wege in die Gesellschaft von morgen (2017), Open Minded Leadership, Ein Weg zu herausragender Führung (2017), Die Bildung der Menschlichkeit für junge Menschen, Die Bildung der Menschlichkeit für Erwachsene (beide 2019), Die Helle Seite der Macht (2020) – um nur einige zu nennen.

Mit ihrer Marke WalzerCOM begleitet sie Unternehmen, Organisationen, Teams und Einzelpersonen in Trainings, Workshops, Seminaren, Klausuren, Vorträgen, Moderationen und themenspezifischen Veranstaltungen.

Das inhaltliche Spektrum reicht von Leadership, Kommunikation und Persönlichkeitsentwicklung über Positionierung, Strategie und Change bis zu Teambuilding, Konfliktmanagement und Kooperation.

Nana Walzer ist nicht nur als Kommunikationswissenschaftlerin ein Multitalent. Sie studierte außerdem Soziologie, klassischen Gesang, Theater- und Musikwissenschaften und war für ein Musik-Management-Unternehmen in Hamburg und New York tätig.

Als Musikerin hat sie bisher etwa 35 *Signations* komponiert. Sie hat einige Weihnachtssongs veröffentlicht (zu hören unter <http://nanas.christmas/>). Zurzeit versucht sie sich an ihrem ersten Roman zum Thema Freiheit in allen Lebenslagen und Lebensphasen. In einem Blog schreibt sie gerade über ihre Suche nach alternativen Wegen zu Erfolgsgefühlen, abseits der Klassiker Karriere, Status, Geld, Macht ([www.bemeup.today](http://www.bemeup.today)).

Fragt man sich, was hat das mit Europa zu tun – so ziemlich alles! Und mag das für den einen oder anderen vielleicht ein bisschen „trocken klingen“: Nana Walzer ist eine überaus herzliche und fröhliche Persönlichkeit!

Nana Walzer wurde im Juli 2017 von Europe Direct zur Europäerin des Monats ernannt, erhielt 2018 den Europa-Staatspreis der Republik Österreich für ihr Engagement bei der pro-europäischen Initiative Europa.Cafe, 2020 den Comenius EduMedia-Award für die Podcast-Reihe Europa gefühlsecht – Corona Spezial, 2021 den Kaiser-Maximilian Preis und den EESC – European Civil Solidarity Prize 2021 für die Initiative #EUROPAgegenCovid 19.

Wir gratulieren Nana Walzer zum „Mérite Européen in Bronze“.



(Von links nach rechts): Valentin Petritsch, Generalsekretärin Ingeborg Smith, Laudatorin Christa Hofmeister, Nana Walzer, Karl-Heinz Eigen, Bernd Niemczak, Christof Zernatto. Foto: Peter Theisbacher. Bildergalerie der Verleihung siehe: [https://commons.wikimedia.org/wiki/Category: Mérite Européen Award 2022 in Vienna](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Mérite_Européen_Award_2022_in_Vienna).



Foto: Mirijana Strmotić

### Ehrenmitglied

Der Mérite Européen Deutschland Freundes- und Förderkreis e.V. beschloss, an Max Wratschgo zum Tag der Menschenrechte 2022 als Dank und in Anerkennung für besondere Verdienste um den Mérite Européen, die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Leider konnte Max Wratschgo an der Festveranstaltung in Wien nicht teilnehmen.

Am 12. Dezember 2022 überreichte ihm Christa Hofmeister die Ehrenurkunde mit Gratulations-Videobotschaft in Feldbach. Die Freude war groß!

## Die Europäische Kommission wird konkret: Der Industrieplan im Rahmen des Green Deals

(Marc Germeshausen)

In der Rede vor dem Europäischen Parlament im Jänner 2023 stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den nächsten Schachzug im Kampf gegen den Klimawandel vor. Im vergangenen Jahr legten die Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund der erwarteten hohen Energiekosten den Inflation Reduction Act vor. Die Europäische Antwort darauf ist der Industrieplan im Rahmen des Green Deals, der auf vier Säulen ruhen soll.

Bei der **ersten Säule** geht es um **Schnelligkeit und Zugang**. Die Kommission will ein Regelungsumfeld schaffen, das ermöglicht, rasch zu expandieren und günstige Bedingungen für die Cleantech-Industrie, die Herstellung sauberer Energie, zu schaffen.

Damit es zu einem Wandel in Richtung Schnelligkeit und Zugang kommt, wird deshalb ein neues Netto-Null-Industrie-Gesetz vorgeschlagen. Es folgt demselben Ansatz wie das Chip-Gesetz. Besondere Aufmerksamkeit dabei gilt der Frage, wie die Genehmigungen für neue Cleantech-Standorte vereinfacht und beschleunigt werden können.

Die **zweite Säule** des Green-Deal-Industrieplans wird **Investitionen und die Finanzierung der Cleantech-Produktion** ankurbeln. Es wird vorgeschlagen, die Beihilfenvorschriften vorübergehend anzupassen, um Beihilfen noch

schneller und leichter zu ermöglichen: einfachere Berechnungen, simplere Verfahren, schnellere Genehmigungen – beispielsweise durch unkomplizierte Modelle zur Steuerentlastung.

Bei der **dritten Säule** geht es um **Kompetenzen**, um Menschen. Die Batterieindustrie beispielsweise wird bis 2025 rund 800.000 qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, deshalb wurde die Europäische Batterieakademie ins Leben gerufen. Das ist eine gewaltige Herausforderung, aber auch eine hervorragende Gelegenheit, um vernünftige, gut bezahlte Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen. Und das hat absolute Priorität im **diesjährigen Europäischen Jahr der Kompetenzen**.

Bei der **vierten Säule** geht es darum, dass die **Handelsagenda** umgesetzt wird. Um mithilfe sauberer Technologien weltweit klimaneutral zu werden, bedarf es starker Lieferketten. Es wird an neuen Handelsabkommen mit Chile, Mexiko, Neuseeland und Australien gearbeitet und auch mit Indien ist man bemüht, Erfolge zu erzielen.

Der Industrieplan wurde dem Europäischen Parlament bereits vorgestellt, jetzt heißt es: Schnell handeln, um die Agenden umzusetzen!

## Interreg – Das Erfolgsprogramm in Kärnten

(Marc Germeshausen)

Kärnten als Alpen-Adria-Region bildet neben zahlreichen Vernetzungsmöglichkeiten mit Slowenien auch zahlreiche Kooperationseffekte mit den angrenzenden Regionen in Italien ab. Interreg ist seit 1990 auf europäischer Ebene das Förderinstrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen allen Regionen in Europa und dient in erster Linie der

Kooperation mit benachbarten Regionen und der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung.

In der aktuellen Programmperiode 2021–2027 stehen nun zwei Interreg-Förderprogramme für Slowenien-Österreich und Italien-Österreich grenzübergreifend in den Startlöchern.

Mit diesen beiden Programmen können nun verstärkt Maßnahmen für ein intelligenteres Europa, ein vernetztes Europa, ein CO2-freies Europa, ein sozialeres und bürgernahes Europa gefördert werden. Dabei soll der Globalisierung, dem digitalen Wandel und dem veränderten Geschäftsleben nachhaltig, ökologisch und innovativ begegnet werden. Die ersten Aufrufe, Projekte einzureichen, sind bereits gestartet und auf den jeweiligen Programm-Websites einzusehen.

Die regionale Koordinierungsstelle Kärnten ist beim Amt der Kärntner Landesregierung angesiedelt, in verschränkter Zusammenarbeit mit

dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF).

Die sogenannten „Small-Scale-Projects“, also Kleinprojekte, werden in Form von Klein-Events mit einem finanziellen Gesamtkosten-Ausmaß in Höhe von max. 25.000 Euro unterstützt. Größere Events können bis zu einer Gesamtkostengröße von 37.700 Euro eingereicht werden. Hier stehen vorwiegend Akteure wie Vereine, Bildungseinrichtungen und Träger-schaften der Zivilgesellschaft im Fokus der Förderung. Ein gesonderter Aufruf für Kleinprojekte startet ab April/Mai 2023.



Bildquelle: Marc Germeshausen, Bildinhalt: Ab April/Mai können Kleinprojekte im Rahmen von Interreg beantragt werden. Fotocredit: INTERREG Slowenien-Österreich



Bildquelle:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vienna-Marc\\_Germeshausen-Mérite\\_Européen\\_Award\\_2022-02ASD.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vienna-Marc_Germeshausen-Mérite_Européen_Award_2022-02ASD.jpg)

Zum Autor: Marc Germeshausen (\* 1990) leitet das Europahaus in Klagenfurt, EUROPE DIRECT Kärnten (seit 2018) und die Europäische Föderalistische Bewegung (Landesverband Kärnten) und ist im Federal Committee bei der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Der überzeugte Europäer nahm schon als 15-Jähriger an einem EU-Projekt teil und absolvierte später einen Europäischen Freiwilligendienst in Irland.

Marc Germeshausen ist Herausgeber des Buches Ohne Grenzen – brez meja – senza confini. Eine historische Spurensuche in einer „Grenzregion“ und Autor von Altruistic Motivation as Power for Social Entrepreneurship. In seiner Freizeit engagiert er sich für den Serviceclub Round Table, dabei übt er aktuell die Funktion des weltweiten Vizepräsidenten aus. Round Table hat über 35.000 Mitglieder in über 65 Ländern.

## Pressefreiheit in Ungarn

(Anton Schäfer)

Neben den rechtsstaatlichen Defiziten, die sich in Europa in einigen Unionsmitgliedstaaten – auch in Österreich – immer weiter aufbauen, schwindet auch die Pressefreiheit. Ganz besonders wird dies in Ungarn deutlich.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ist nicht nur in Bezug auf die Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit ein Negativbeispiel, sondern auch hinsichtlich der Einschränkung der Pressefreiheit. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht Ungarn auf Platz 85 von 180 Staaten!

Mit dem Sieg Orbáns und seiner Partei Fidesz bei der Parlamentswahl im April 2022 wurden weitere staatliche Schritte für eine politische Berichterstattung im Sinne der ungarischen Regierung unternommen. Die ungarische Regierung plant zudem eine Werbesteuer, wodurch die ohnehin geschrumpfte Medienvielfalt in Ungarn noch weiter geschwächt werden könnte. Reporter ohne Grenzen (RSF) forderte 2022 daher die europäischen Institutionen auf, sich stärker für die Rettung des ungarischen Journalismus einzusetzen: *„Die EU muss handeln und Angriffe auf die unabhängigen Medien durch Orbán und seine Gefolgsleute verhindern. So fordern wir von Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich, dass der EU-Rat bei der nächsten Anhörung im Rahmen des Sanktionsmechanismus nach Artikel 7 von den ungarischen Behörden Erklärung darüber verlangt, warum sie unabhängigen Radiosendern die Lizenzen streicht.“*<sup>1</sup>

Auch steht die ungarische Regierung unter dem Verdacht, Journalisten und Medien mit der Spähsoftware Pegasus zu überwachen. Seit 2019 sollen laut RSF mindestens drei ungarische Journalisten mit Pegasus überwacht worden sein.

Dass die Behörden in Ungarn bei Beschwerden und Untersuchungen offiziell kein Fehlverhalten feststellen, verwundert vermutlich niemanden. Laut RSF habe die ungarische

Staatsanwaltschaft Mitte Juni 2022 festgestellt, dass keine unbefugte Überwachung stattgefunden habe. Der Daten-Ombudsmann habe laut RSF bereits im Januar 2022 jegliche Rechtsverletzung durch die ungarische Regierung zurückgewiesen. Gemäß dem Rechtsanwalt und Staatssekretär Zoltán Kovács (Mitglied der Fidesz) sei der ungarische Medienrat ein unabhängiges Gremium mit rechtmäßig ausgewählten Mitgliedern. Tatsächlich wurden sämtliche Mitglieder von der Regierungsmehrheit ernannt.

Die Europäische Kommission sah in der Vergangenheit „intransparente“, „unverhältnismäßige“ und „diskriminierende“ Entscheidung des ungarischen Medienrats hingegen als problematisch an.

Die Vorgangsweise der ungarischen Regierung ist leider kein Einzelfall in Europa. Es wird hier und etwa auch beispielsweise in Polen nur recht deutlich, wie Regierungen weniger versuchen, durch gute Politik für die Menschen zu arbeiten, denn ihre schlechte Klientelpolitik durch Restriktionen gegen Presse, Verwaltung und Justiz zu verschleiern, in vielen Fällen kombiniert mit dem Aufbau von Feindbildern (z. B. gegen Asylwerber, Migranten, Minderheiten etc.). Zu dieser Strategie gehört auch irgendwelche frühere „Größe“ des Landes als Rechtfertigung für ihr eigenes Versagen heranzuziehen.

Ob es wirklich ausreichend ist, wenn die Europäische Kommission einen European Media Freedom Act (EMFA) vorschlägt und damit die Medienfreiheit, die Erhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Europäischen Union erreichen will, kann aus verschiedenen Blickwinkeln gesehen werden.

Ob sich Leute wie Viktor Orbán oder ähnliche „Politiker“ wirklich um solch einen Rechtsakt kümmern? Und wie sieht es damit in Österreich aus?

<sup>1</sup> Siehe hierzu mehrere Artikel unter den Links <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ungarn> und [https://www.reporter-](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ungarn)

[ohne-grenzen.de/ungarn/alle-meldungen/meldung/mitten-in-europa-schwindet-die-pressefreiheit](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ungarn/alle-meldungen/meldung/mitten-in-europa-schwindet-die-pressefreiheit)



## HUMAN EUROPE am Tag der Menschenrechte

(Christa Hofmeister)

Eine Festveranstaltung am 10. Dezember 2022, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, ehrte in der großen Bibliothek des Billrothhauses in Wien Personen und Projekte, die sich für ein humanes Europa einsetzen.

Im Anschluss folgte eine Live-Talk im Infotainment Format #Ferngespräch zu Menschenrechten in Europa.

Im eröffnenden Festakt wurden fünf Personen bzw. Institutionen von der gemeinnützigen, in Luxemburg ansässigen Stiftung Mérite Européen ([www.meriteeuropeen.eu](http://www.meriteeuropeen.eu)) für ihr herausragendes, ehrenamtliches Europa-Engagement und ihre besonderen Beiträge zur Förderung des europäischen Gedankens gewürdigt. Diese Auszeichnung richtet sich an Bürger, die sich aus eigenem Antrieb ohne (erwartete) Gegenleistung um bilaterale Verständigung in Europa verdient gemacht haben.

Die Verleihung der im Sinne eines europäischen Verdienstordens auf europäischer Basis anerkannten Auszeichnung wurde seitens des Stiftungsrates von der Generalsekretärin des Mérite Européen Freundes- und Förderkreises Deutschland e. V. und Mitglied des Verwaltungsrates **Ingeborg Smith** vorgenommen. Die Laudationes hielten Christa Hofmeister und Anton Schäfer.

Der im Anschluss verliehene European-of-the-Year Award der NGO europe:united ([www.europeunited.eu](http://www.europeunited.eu)) würdigt

außergewöhnlichen zivilgesellschaftlichen Einsatz für mehr Mitmenschlichkeit und Verständnis in Europa. Er wird in Form einer von Bildhauer Stephan Fillitz und Kommunikationsdesignerin Catherine Rollier geschaffenen Skulptur an je eine Person und eine Initiative vergeben. Beide Preisverleihungen moderierte Martin Moder.

Das Live-Talk #Ferngespräch im zweiten Teil der Veranstaltung moderierte der Comedian, Autor, Regisseur und Musiker Tommy Krappweis. Es diskutierten das deutsche Aufklärer-Duo Hoaxilla, die Kulturwissenschaftlerin Alexa Waschkau und der Diplompsychologe Alexander Waschkau, der Physiker Holm Gero Hümmler, der Politikwissenschaftsprofessor Dirk van den Boom, der Journalist und Autor Bernd Harder, der Molekularbiologe Martin Moder, der Physiker Florian Aigner, die Diplompsychologin Sophia Krappweis und die Kommunikationswissenschaftlerin Nana Walzer. Das beliebte Infotainment Format wurde live über den Wildmics Channel auf der Plattform Twitch ([www.twitch.tv/wildmics](http://www.twitch.tv/wildmics)) gestreamt.

Human Europe am Tag der Menschenrechte wurde gemeinschaftlich von europe:united, Mérite Européen, Europe Direct Wien, den Europäische Föderalisten und dem Billrothhaus veranstaltet. Ein herzlicher Dank sei für die herausragende Organisation dieser Veranstaltung an das gesamte Team ausgesprochen, allen voran an Nana Walzer und Daniel Gerer.





Fotos: Asurnipal ([https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Mérite Européen Award 2022 in Vienna](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Mérite_Européen_Award_2022_in_Vienna)) und Christa Hofmeister (Nr. 3 – Mitte links)

## Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen mit wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

### Schengener-Informationssystem neu

Am 7. März 2023 wurde „das modernisierte [Schengener Informationssystem \(SIS\)](#) in Betrieb genommen. Das SIS ist das größte Informationsaustauschsystem im Bereich Sicherheit und Grenzmanagement in Europa. Es enthält Informationen über gesuchte und vermisste Personen, über Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsrecht in der Union sowie über verloren gegangene und gestohlene Gegenstände (wie Kraftfahrzeuge, Feuerwaffen, Schiffe und Ausweispapiere).

Das erweiterte SIS bildet die Grundlage für das fortschrittlichste Grenzmanagementsystem der Welt, das wir ständig weiterentwickeln. Es wird zusammen mit dem [Einreise-/Ausreisensystem \(EES\)](#) und dem [Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem \(ETIAS\)](#) in eine gemeinsame Interoperabilitätsarchitektur integriert.

Die Erweiterungen des SIS umfassen neue Kategorien von Ausschreibungen, biometrische Daten wie Handflächenabdrücke, Fingerabdruckspuren und DNA-Datensätze in Bezug auf vermisste Personen sowie zusätzliche Instrumente zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus. Diese Modernisierung ist auch wichtig, weil sie präventive Ausschreibungen zum Schutz schutzbedürftiger Personen und zur Verhinderung irregulärer Migration ermöglicht. Die nationalen Behörden sollen dank dieser Verbesserungen umfassendere und zuverlässigere Informationen erhalten, um ein höheres Maß an Sicherheit und ein besseres Grenzmanagement gewährleisten zu können [...].

Das SIS wurde infolge der Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen in der EU im Jahr 1995 eingerichtet. Bei der [Evaluierung des SIS](#) im Jahr 2016 wurde bestätigt, dass sich das System hervorragend bewährt hat. Es wurden jedoch auch Möglichkeiten aufgezeigt, die Wirksamkeit und Effizienz des SIS weiter zu verbessern und die immer komplexeren Sicherheits Herausforderungen besser zu bewältigen. Am 21. Dezember 2016 hat die Kommission [drei Vorschläge](#) zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unter Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) vorgelegt. Am 12. Juni 2018 erzielten die gesetzgebenden Organe, das Europäische Parlament und der Rat, eine [politische Einigung](#) über alle drei Vorschläge. Alle drei Verordnungen wurden am 28. November 2018 angenommen.

Die rechtlichen und technischen Vorbereitungen für die Einführung des neuen SIS begannen im Jahr 2019 und dauerten bis 2021. Im Jahr 2022 wurden die nationalen und die zentralen Systeme in enger Zusammenarbeit zwischen [eu-LISA](#) (der für den Betrieb der zentralen SIS-Komponente zuständigen Agentur der Union) und den Mitgliedstaaten (die für die nationalen Komponenten des SIS zuständig sind) gründlich überprüft. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme des SIS wurden im Januar 2023 erfüllt, und am 31. Januar 2023 veröffentlichte die Kommission den einschlägigen [Beschluss](#).<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_23\\_1505](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_1505)



Seit 2022 ist die Webseite der Gruppe Österreich im deutschen Freundeskreis Mérite Européen online ([www.merite-europeene.at/](http://www.merite-europeene.at/)). Die Internetseite wird derzeit ausgebaut und soll dann alle Träger des Mérite Européen aus Österreich oder mit engem Bezug zu Österreich

auflisten und ein Kurzporträt der betreffenden Personen bieten. Auch Informationen zum Mérite Européen werden dann dort zu finden sein.

Die Beiträge werden von Christa Hofmeister aus ihren Archiven zusammengetragen.